

Demokratiedistante Einstellungen und die Akzeptanz autokratischer Strukturen vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Herausforderungen und persönlicher Erfahrungen

Katrin Brettfeld

Werden Menschen durch starke Verunsicherung und Krisenerfahrungen demokratiedistanter in ihren Einstellungen? Mit regelmäßig stattfindenden Erhebungen wird dieser Frage nachgegangen. In ihrem Beitrag präsentiert Katrin Brettfeld erste Ergebnisse von Befragungen, die extremismusaffine Einstellungen mit Erfahrungen von Unsicherheit und Bedrohung in Verbindung setzen. Dabei kommt einerseits die Akzeptanz für demokratische Institutionen, andererseits die Skepsis gegenüber gewählten Einrichtungen und Vertreter:innen des politischen Systems zum Ausdruck. Die Auswertung der Erhebungen verdeutlicht zudem, welchen Einfluss die verschiedenen Krisenerfahrungen in Zeiten der Corona-Pandemie und des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine auf die jeweilige Einschätzung der Resilienz und Kompetenz unserer Demokratie haben.

Es gibt nur wenige wirklich wichtige Dinge im Leben, die man geschenkt bekommt. Zuerst gehört dazu das Leben selbst. Andere, wie Freundschaft und Vertrauen, muss man sich erarbeiten. Sie können verloren gehen, können aber auch wieder aufgebaut werden. Ein Leben in demokratischen Verhältnissen muss man sich – wie die Geschichte zeigt – in erster Linie erkämpfen. Und auch die Errungenschaften der Demokratie können bisweilen, meist in Folge drastischer gesellschaftlicher Veränderungen, ganz verloren gehen, oder auch aufgegeben werden. Ein solcher Prozess kann perfiderweise auch schleichend, quasi hinter dem Rücken der Akteure selbst, vonstattengehen, ohne dass sich die Betroffenen selbst darüber im Klaren sein müssen.

Dieser Beitrag verfolgt die These, dass grundlegende demokratische Errungenschaften in Zeiten des Wohlstands eine weit überwiegende Zustimmung erfahren. In anderen Zeiten jedoch, in denen gesellschaftliche Herausforderungen zu existentiellen Krisen führen, hängt die Überzeugung von der Überlegenheit demokratischer Prinzipien gegenüber anderen Formen staatlicher Machtausübung vom Ausmaß der auf individueller Ebene wahrgenommenen Beeinträchtigungen und damit einhergehender individueller Verunsicherung ab. Ob und wie stark Betroffene auf gesellschaftliche Veränderungen tatsächlich verunsichert reagieren, hängt wiederum vor allem von der Überzeugung ab, dass die wahrgenommenen Probleme grundsätzlich lösbar und die dafür Zuständigen darüber hinaus in der Lage und auch gewillt sind, die dazu notwendigen Schritte zu unternehmen.

Dieser These wird im Folgenden auf Basis von Daten nachgegangen, die im Rahmen des MOTRA-Forschungsverbundes¹ durch das Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg (UHH) in drei aufeinander abgestimmten Forschungsvorhaben erhoben werden. Dabei handelt es sich um regelmäßig wiederholte, deutschlandweit repräsentative Einstellungsbefragungen

mit je unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen und Zielgruppen. Auf diesem Wege sollen Erkenntnisse zur Verbreitung politisch-extremistischer und extremismusaffiner Einstellungen in Deutschland gewonnen, die dafür bedeutsamen Einflussfaktoren analysiert sowie deren etwaige Veränderungen über die Zeit dokumentiert werden.

Bei der ersten Studie „Menschen in Deutschland“ (MiD) handelt es sich um eine jährlich durchgeführte Befragung von etwa 4.000 Personen (zur Methodik vgl. für die aktuelle Welle Fischer et al. 2023). Die zweite Studie „Junge Menschen in Deutschland“ (JuMiD) richtet ein spezielles Augenmerk auf die Lebenslagen und Interessen junger Menschen im Alter zwischen 16 und 21 Jahren und befragt alle zwei Jahre etwa 3.000 junge Menschen (vgl. Farren et al. 2022). Die dritte Studie, „Menschen in Deutschland: International“ (MiDInt), wird seit Herbst 2022 durch das German Institute for Global and Area Studies (GIGA) und die UHH als gemeinschaftliches Kooperationsprojekt durchgeführt. Hier werden etwa alle zwei Monate jeweils 2.500 Personen ab 18 Jahren befragt. Der Schwerpunkt dieser Erhebungen liegt auf den Auswirkungen internationaler Ereignisse und Krisen auf Einstellungen und Radikalisierungsprozesse in Deutschland. Zugleich dienen sie der Entwicklung und Erprobung neuer Messinstrumente, die dann in den MiD und JuMiD-Erhebungen zum Einsatz kommen können (vgl. Richter et al. 2023).

Einstellungen zur Demokratie in Deutschland

Einen ersten Hinweis darauf, inwieweit das demokratische System in Deutschland allgemein auf Akzeptanz stößt, gibt die Rate der Befragten aus der MiD-Studie, die der Aussage „Die parlamentarische Demokratie ist noch immer die beste Staatsform.“ eher oder völlig zustimmen. Im Jahr 2021 wa-

ren das 85,1 Prozent aller Teilnehmenden; im Jahr 2022 betrug diese Rate 85,8 Prozent. Soweit die gute Nachricht: Die weit überwiegende Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland steht hinter den demokratischen Prinzipien.

Man könnte allerdings das Glas auch als halb leer ansehen und in diesem Befund einen ersten Hinweis darauf sehen, dass das demokratische System in Deutschland nicht bei allen Bürger:innen auf Gegenliebe stößt. Immerhin lehnen knapp 15 Prozent diese Aussage eher oder völlig ab. Diese Rate erscheint auf den ersten Blick nicht besonders hoch. Sie entspricht jedoch in etwa dem Anteil der Bevölkerung Bayerns oder dem Anteil der Bewohner:innen der östlichen Bundesländer ohne Berlin an der Gesamtbevölkerung Deutschlands. Natürlich lehnen nicht alle Bewohner:innen der östlichen Bundesländer diese Aussage ab – sie dienen hier nur als Maßstab für die Größenordnung. Allerdings zeigt eine nähere Analyse, dass die Ansicht, die Demokratie sei die beste aller Staatsformen, im Jahr 2022 im Osten unseres Landes – nun inklusive Berlin – nur von etwa Dreiviertel der Befragten geteilt wird (77,5 Prozent Zustimmung), während in den westlichen Bundesländern 87,8 Prozent der Aussage zugestimmt haben.

Nun ist diese Aussage in ihrer Allgemeinheit zwar sehr umfassend, erlaubt aber keine differenzierte Analyse der mit dem Begriff „Demokratie“ verbundenen, sehr unterschiedlichen Prinzipien der demokratischen Verfasstheit unseres Landes. Um dies zu ermöglichen, wurde – nach ausführlicher Sichtung der hierzu verfügbaren Literatur und diesbezüglicher Diskussionen (vgl. dazu Wetzels et al. 2022a; Wetzels et al. 2022b) – ein Indikator gebildet, der drei verschiedene Dimensionen umfasst: die Einstellung zu basalen Freiheitsrechten, zu allgemeinen Gleichheitsrechten und zu der konstitutionellen Verfasstheit eines demokratischen Rechtsstaates, also der elementaren Bestandteile der Staatsorganisation einer parlamentarischen Demokratie (vgl. Abbildung 1). Zu jeder der hier genannten Aussagen konnten

die Befragten den Grad ihrer Zustimmung (1 = *stimme gar nicht zu*; 4 = *stimme völlig zu*) angeben.

Sofern die Angaben der Befragten erkennen ließen, dass sie den Aussagen in mindestens einer dieser, als Kernelemente einer freiheitlichen demokratischen Grundordnung angesehenen Subdimensionen ablehnend gegenüber stehen, wurden sie für die weitergehenden Analysen als „demokratiedistant“ eingestuft.²

Betrachtet man den so gebildeten Gesamtindikator demokratiedistanter Einstellungen, so weichen die Befunde hierzu kaum von jenen ab, die gerade schon hinsichtlich der allgemeinen Aussage zur „Demokratie als bester Staatsform“ berichtet wurden: In der Befragung des Jahres 2021 wiesen 14,0 Prozent aller Befragter eine mit diesem differenzierten Indikator gemessenen Demokratiedistanz auf; im Jahr 2022 traf dies auf 16,0 Prozent der Befragten zu. Das bedeutet eine signifikante Zunahme der Verbreitung demokratiedistanter Einstellungen um 2 Prozentpunkte innerhalb eines Jahres.

Für das Jahr 2022 zeigt eine genauere Betrachtung, dass Frauen mit 17,3 Prozent etwas häufiger als Männer (14,5 %) als demokratiedistant eingestuft wurden und dass die älteren Befragten (60 Jahre und älter) sich in ihrer diesbezüglichen Einstellung mit 22,4 Prozent deutlich von jenen unter 40 Jahren (12,6 %) und Befragten zwischen 40 und 60 Jahren (11,6 %) unterscheiden. Den stärksten Effekt auf die Demokratiedistanz hat jedoch der Bildungsstand: Während sich unter Befragten mit einer hohen Schulbildung (Abitur oder einem vergleichbaren Abschluss) nur 5,1 Prozent mit demokratiedistanten Einstellungen finden, liegt diese Rate bei denen mit mittlerer Reife schon bei 17,4 Prozent und bei Befragten mit einem niedrigen allgemeinen Bildungsabschluss bei 26,7 Prozent. Interessant ist weiter, dass zwar auch bei dieser Form der Erfassung der Einstellungen zur Demokratie die Teilnehmer:innen aus den ostdeutschen Ländern (17,4 %) im Vergleich zu jenen aus den westlichen

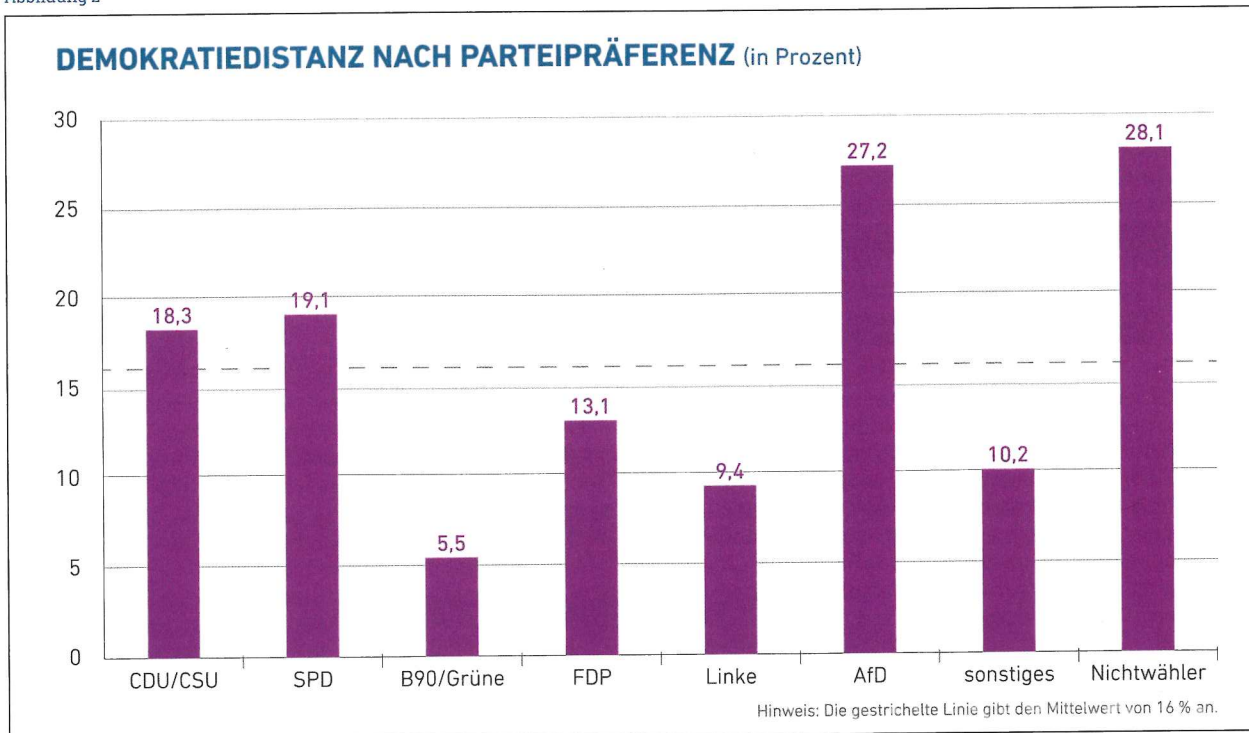
Abbildung 1

SUBDIMENSIONEN UND AUSSAGEN ZUR ERFASSUNG DEMOKRATIEDISTANTER EINSTELLUNGEN

Subdimensionen	
Freiheitsrechte	Jeder Bürger sollte das Recht haben, für seine Überzeugungen auf die Straße zu gehen. Streiks und Demonstrationen gefährden die öffentliche Ordnung und sollten verboten werden. Die Freiheit der Presse in unserem Land muss geschützt werden. Alle Minderheiten sollten das Recht haben, ihre Meinung frei zu äußern.
Gleichheitsrechte	Menschen sollten nicht aufgrund ihrer Hautfarbe benachteiligt werden. Frauen und Männer sollten für die gleiche Arbeit auch den gleichen Lohn erhalten. Ausländer sollten bei der Vergabe von Wohnraum nicht anders behandelt werden als Einheimische. Muslime sollten ihre Religion genauso frei ausüben dürfen, wie Christen, Juden oder andere Religionen.
demokratische Staatsorganisation (Konstitutionalismus)	Wer bei einer Wahl unterliegt, soll die Regierungsgeschäfte nicht kritisieren dürfen. Wenn eine Regierung gute Arbeit leistet, gibt es keinen Grund, nach vier Jahren eine neue Wahl zu veranstalten. Wenn das Parlament etwas entscheidet, darf das nicht durch ein Gericht wieder aufgehoben werden. Für eine starke politische Führung in Deutschland sollte das Parlament weniger Einfluss haben.

© Wetzels et al. 2022b, S. 78

Abbildung 2

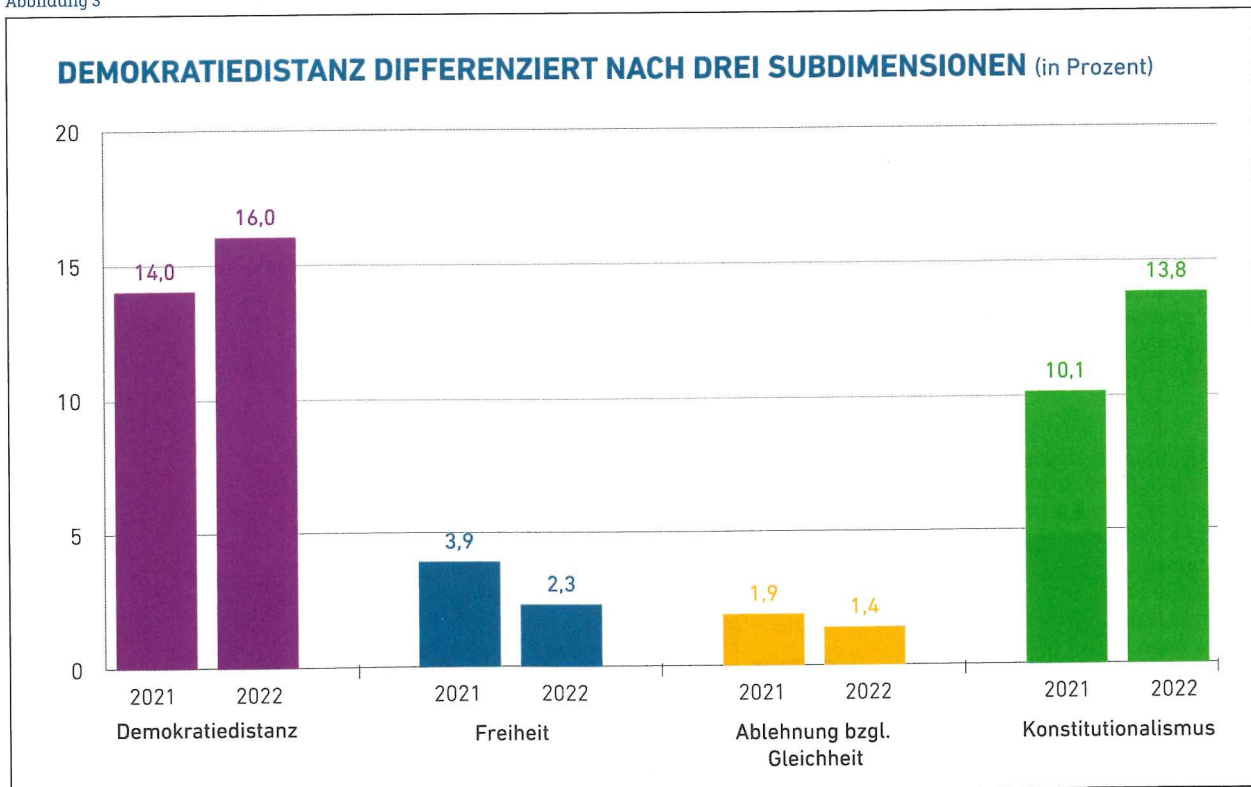


© Brettfeld 2023

Bundesländern (15,6 %) eine tendenziell erhöhte Rate zeigen; dieser Unterschied liegt jedoch noch im Bereich der zufallsbedingt erwartbaren Schwankungen, ist also nicht weiter aussagekräftig.

Unterschiedliche Ausmaße der Demokratiedistanz zeigen sich auch in Abhängigkeit von der über die Sonntagsfrage erhobenen Parteipräferenz (vgl. Abbildung 2). Die mit Abstand höchsten Raten demokratiedistanter Einstellungen finden sich bei den Wähler:innen der AfD und jenen, die er-

Abbildung 3



© Brettfeld 2023

klären, nicht wählen zu gehen. Mit deutlichem Abstand dahinter folgen die Wähler:innen der CDU/CSU und der SPD, die aber ebenfalls überdurchschnittlich hohe Raten aufweisen. Befragte, die angaben, Bündnis 90/Die Grünen, die Linke, die FDP oder sonstige Parteien wählen zu wollen, weisen hingegen unterdurchschnittliche Raten auf. Diese Verteilung macht nochmals etwas deutlich, was sich auch in anderen Analysen bereits gezeigt hat: Das Auftreten demokratiedistanter Einstellungen – die ja im Kern prinzipiell als Ablehnung der demokratischen Verfasstheit unseres Landes begriffen werden kann – findet sich nicht nur an den typischen, oft als „extrem“ bezeichneten Rändern, sondern auch in der Mitte unserer Gesellschaft (vgl. Küpper et al. 2021).

Die Verwendung eines differenzierteren Indikators erlaubt es ferner, die verschiedenen Dimensionen demokratiedistanter Einstellungen näher zu untersuchen (vgl. Abbildung 3). Hier zeigen sich zwei interessante Befunde: Zum einen ist die hohe Rate demokratiedistanter Einstellungen nicht auf die Ablehnung basaler Freiheits- oder grundlegenden Gleichheitsrechte zurückzuführen. In beiden Dimensionen finden sich nur geringe einstellige Prozentraten der Ablehnung. Deutlich ausgeprägter ist die Ablehnung konstitutioneller Prinzipien der Staatsverfassung, für die sich eine niedrige zweistellige Ablehnung findet.

Zum anderen wird nun deutlich, dass sich die Ablehnung demokratischer Freiheitsrechte zwischen 2021 und 2022 signifikant reduziert hat und die Ablehnung von Gleichheitsrechten – zuvor bereits auf niedrigem Niveau – tendenziell weiter gesunken ist. Demgegenüber ist die Ablehnung konstitutioneller Prinzipien von 10,1 Prozent auf 13,8 Prozent signifikant angestiegen.

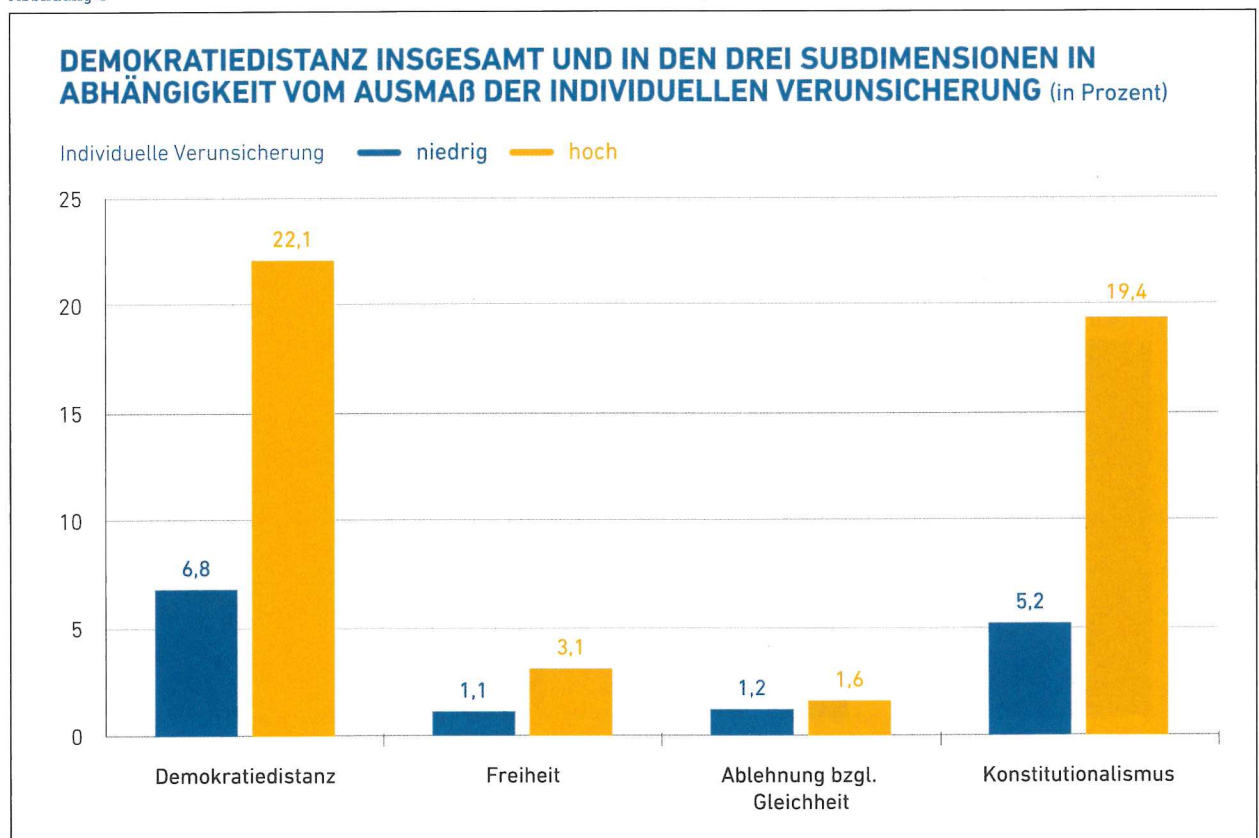
Damit ist die Zunahme der Demokratiedistanz insgesamt vollständig durch die gestiegene Ablehnung konstitutioneller Prinzipien bedingt. Auch hier zeigen sich die für die Demokratiedistanz insgesamt bereits dargestellten Zusammenhänge mit Geschlecht, Alter und vor allem der Bildung.

Demokratiedistante Einstellungen und die Bedeutung individueller Unsicherheit, der Wahrnehmung gesellschaftlicher Herausforderungen und des Vertrauens in deren Lösung

Der in der Einleitung bereits angesprochenen These, wonach die Befürwortung demokratischer Prinzipien dann ins Schwanken geraten kann, wenn gesellschaftliche Probleme zu einer individuellen Verunsicherung führen, wird hier erneut auf Basis der Daten der MiD-Studien nachgegangen.

In den Jahren 2021 und 2022 wurde das Ausmaß einer allgemeinen individuellen Verunsicherung über fünf Aussagen erhoben, die erfassen, inwieweit sich die Befragten durch aktuelle gesellschaftliche Veränderungen überfordert fühlen (z. B. „Heute ändert sich alles so schnell, dass man oft nicht weiß, woran man sich halten soll.“) oder direkt Unsicherheit zum Ausdruck bringen (z. B. „Wenn man die Ereignisse der letzten Jahre betrachtet, wird man richtig unsicher.“). Der Anteil der Befragten, die auf einer aus diesen fünf Aussagen gebildeten Skala einen Wert aufweisen, der für ein hohes Maß an Verunsicherung steht,³ erwies sich bereits im Jahr 2021 mit 52,5 Prozent als sehr hoch, stieg im Jahr 2022 jedoch weiter auf 59,9 Prozent.

Abbildung 4

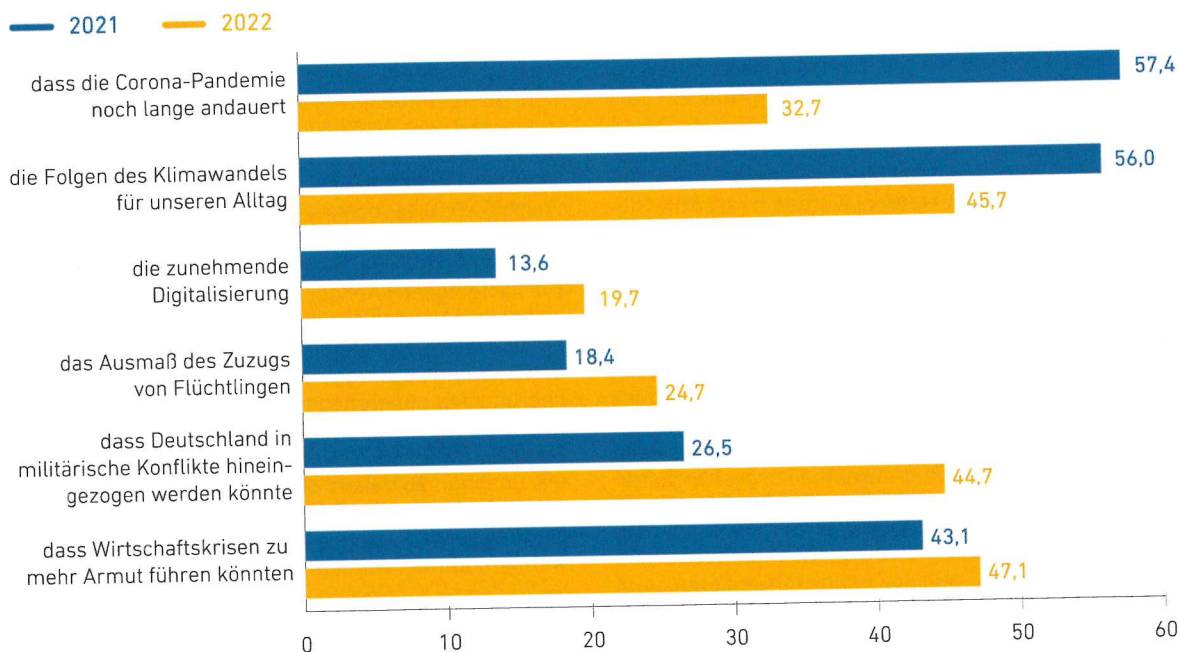


© Brettfeld 2023

Abbildung 5

AUSMAß DER SORGEN IN BEZUG AUF AKTUELLE GESELLSCHAFTLICHE HERAUSFORDERUNGEN

Anteil der Befragten, die angaben, „sehr besorgt“ zu sein (in Prozent)



© Brettfeld 2023

Zieht man die Daten des Jahres 2022 heran und betrachtet den Zusammenhang zwischen dem Ausmaß der so gemessenen individuellen Verunsicherung und der Demokratiedistanz, wird deutlich, dass der Verunsicherung eine hohe Bedeutung zukommt: Von den Befragten, die keine oder nur ein geringes Maß individueller Verunsicherung berichten, erweisen sich gerade mal 6,8 Prozent als demokratiedistanz; demgegenüber liegt die Rate der Demokratiedistanz bei den hoch Verunsicherten bei 22,1 Prozent (vgl. Abbildung 4). Insofern bestätigt sich bereits der erste Teil der oben genannten These: Eine allgemeine individuelle Verunsicherung trägt dazu bei, das Festhalten an demokratischen Prinzipien zumindest zu lockern. Dies gilt im Übrigen für die drei Subdimensionen der Demokratiedistanz in sehr unterschiedlichem Maße: Während die Ablehnung von Gleichheitsrechten gar nicht und die Ablehnung von Freiheitsrechten kaum vom Ausmaß individueller Verunsicherung beeinflusst werden, sind es auch hier wieder die Prinzipien der konstitutionellen Verfasstheit, die im Fall von Unsicherheit als erstes „über Bord gehen“.

Die nächste Frage, die sich in Zusammenhang mit diesen Befunden stellt, ist die nach den möglichen Ursachen für eine solche Form der – doch recht allgemeinen und auch unbestimmt gemessenen – Verunsicherung. Zwar können auf Basis der hier erhobenen Daten keine eindeutigen Ursache-Wirkungs-Beziehungen geprüft werden,⁴ dennoch kann auch mit den hier vorliegenden Daten nach plausiblen Zusammenhängen mit verschiedenen Faktoren gesucht werden.

Als mögliche Quelle bietet sich das Ausmaß der Sorgen an, die von den Befragten hinsichtlich verschiedener aktueller gesellschaftlicher Probleme und Herausforderungen geäu-

bert werden. In den MiD-Studien werden die Teilnehmer:innen regelmäßig auch nach ihrer Besorgnis bezüglich einzelner neuer gesellschaftlicher Entwicklungen und Herausforderungen befragt. Die Abbildung 5 zeigt, wie hoch der Anteil der Befragten ist, die in den Befragungen der Jahre 2021 und 2022 jeweils angaben, wegen der Entwicklung in einzelnen Bereichen „sehr besorgt“ zu sein. Hier zeigen sich in einigen Bereichen teils deutliche Rückgänge: Dazu gehören Sorgen darüber, dass die Corona-Pandemie noch länger andauern könnte – was zum Zeitpunkt der Erhebungen in Jahr 2022, die zwischen März und Juni stattfanden, objektiv unwahrscheinlicher geworden ist – aber auch die Sorgen bezüglich der Folgen des Klimawandels für den Alltag der Befragten. Letzteres lässt sich wohl am ehesten damit erklären, dass die jetzt aktuelle Diskussion um klimarelevante Gesetze, wie etwa das „Heizungsgesetz“, zum damaligen Zeitpunkt noch nicht stattfand und, wie die Grafik auch zeigt, andere Sorgen stärker in den Vordergrund gerückt sind.

Ganz besonders prominent sticht dagegen die Sorge hervor, dass Deutschland in militärische Konflikte hineingezogen werden könnte. Hier hat sich der Anteil derer, die deshalb sehr besorgt sind, von 26,5 Prozent im Jahr 2021 auf 44,7 Prozent im Jahr 2022 erhöht. Dies dürfte in erster Linie mit dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine im Februar 2022 zusammenhängen. Weiter finden sich Zunahmen mit Blick auf eine drohende Armut infolge von Wirtschaftskrisen – hier gaben im Jahr 2022 47,1 Prozent der Befragten an, sehr besorgt zu sein – aber auch in Bezug auf den Zuzug weiterer Flüchtlinge nach Deutschland, worüber sich 2022 immerhin fast ein Viertel der Befragten (24,7 %) sehr besorgt gezeigt hat.

Dass eine zunehmende Besorgnis zu einer größeren allgemeinen Verunsicherung der Bürger:innen führen kann, ist eine sehr plausible Annahme, die im Folgenden auch noch belegt wird. Das Ausmaß der Verunsicherung sollte aber auch davon abhängen, inwieweit die Bürger:innen jenen, die in erster Linie mit der Bewältigung der hier thematisierten Probleme befasst sind, vertrauen und die dafür notwendigen Kompetenzen zuschreiben. Immerhin haben im Jahr 2022 nur noch 78,1 Prozent der Befragten der Aussage „Mit der Demokratie können wir die Probleme lösen, die wir in Deutschland haben.“ eher oder völlig zugestimmt; ein Jahr zuvor lag diese Rate noch bei 87,8 Prozent.

Um zu erfassen, wie die Kompetenzen wichtiger Entscheidungsträger eingeschätzt werden, wurden in die MiD-Studien entsprechende Aussagen aufgenommen. Einleitend wurden die Befragten darauf hingewiesen, dass „für die Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen und Probleme unter anderem Entscheidungsträger aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik zuständig“ sind. Anschließend wurden ihnen folgende drei Aussagen vorgegeben, zu denen sie ihre Zustimmung bzw. Ablehnung zum Ausdruck bringen konnten: „Die Entscheidungsträger in unserem Land: (1) ... sind an den Problemen der einfachen Leute nicht interessiert. (2) ... sind unfähig, die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen zu bewältigen. (3) ... handeln oft gegen die Interessen der Bevölkerung.“⁵

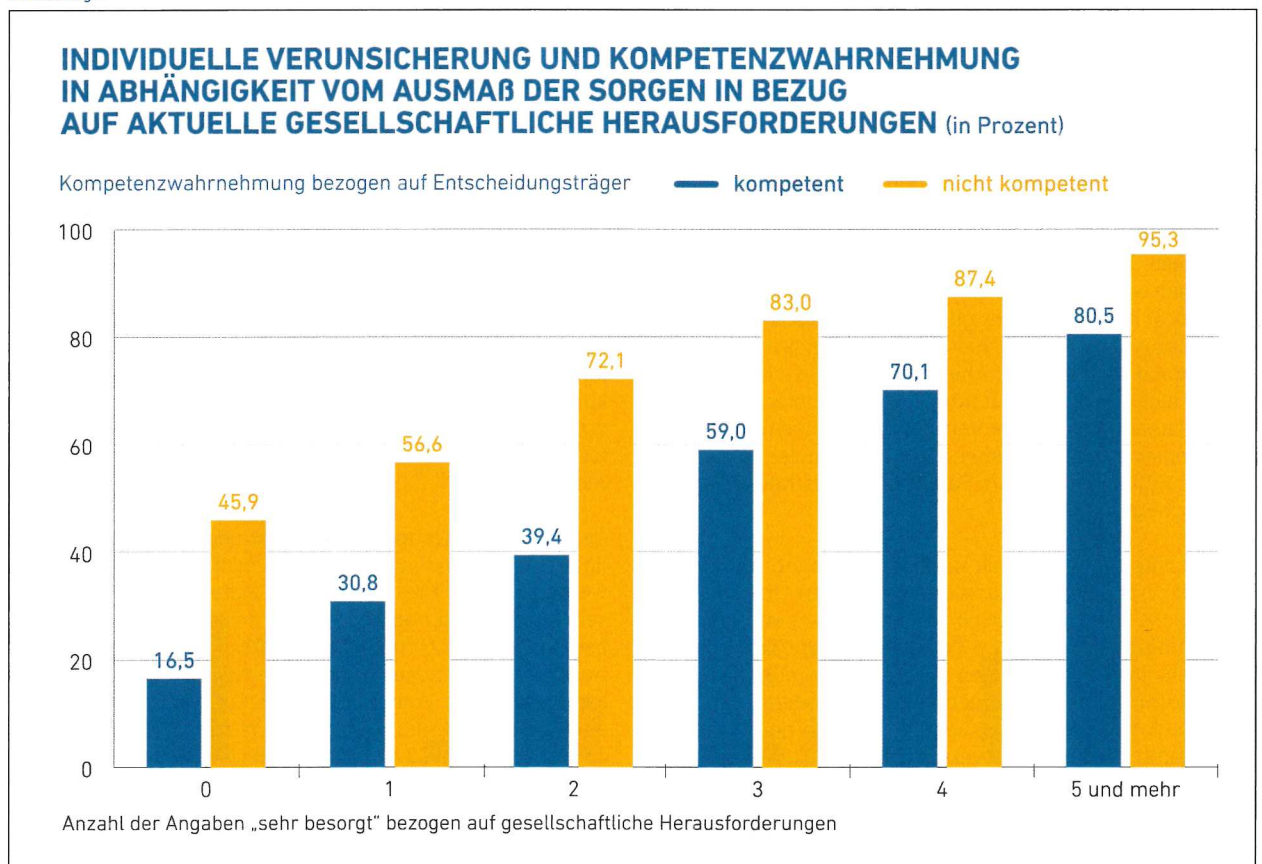
Der Anteil der Befragten, von denen die „Entscheidungsträger“ in dem hier erfassten Sinn als inkompetent erachtet wurden, erwies sich bereits im Jahr 2021 mit 57,5 Prozent als erstaunlich hoch und stieg im Jahr 2022 weiter auf 61,1 Prozent.

Um das Zusammenspiel der wahrgenommenen Sorgen mit Blick auf aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen, der Ansicht der Befragten bezüglich der Kompetenz der mit der Bewältigung solcher Herausforderungen befassten Entscheidungsträger und der bei den Befragten bestehenden Verunsicherung zu verdeutlichen, wurde zunächst bestimmt, bezüglich wie vieler der sechs in Abbildung 5 dargestellten gesellschaftlichen Probleme sich die Befragten „sehr besorgt“ geäußert haben. Im Ergebnis ist festzustellen, dass sich nur ein kleiner Teil der Befragten (16,5 %) in keinem dieser Bereiche – sei es die Corona-Pandemie, der Klimawandel oder der Zuzug von Flüchtlingen – große Sorgen macht. Jeweils ein Fünftel der Befragten gab an, sich in einem, zwei oder drei der genannten Bereiche große Sorgen zu machen; 11,4 Prozent äußerten dies in vier Bereichen und 8,3 Prozent in fünf oder allen sechs.

Die nachfolgende Abbildung 6 verdeutlicht den Zusammenhang zwischen der Anzahl der gesellschaftlichen Probleme, die die Befragten sehr besorgen, und dem Ausmaß der von den Befragten ebenfalls geäußerten individuellen Verunsicherung: Mit zunehmender Anzahl gesellschaftlicher Herausforderungen, die bei den Befragten große Sorgen auslösen, nimmt auch deren individuelle Verunsicherung zu. Das gilt unabhängig davon, ob die mit der Bewältigung dieser Herausforderungen befassten Entscheidungsträger als kompetent (dunkle Balken) oder als inkompetent (helle Balken) wahrgenommen werden.

Allerdings wird in dieser Abbildung auch deutlich, dass der Anteil derer, die ein hohes Maß an Verunsicherung berichten, ebenfalls stark davon beeinflusst wird, ob die gesellschaftlichen Entscheidungsträger als kompetent oder in-

Abbildung 6



© Brettfeld 2023

kompetent wahrgenommen werden. So führt selbst bei Befragten, die sich hinsichtlich keiner der genannten gesellschaftlichen Herausforderungen als besonders besorgt gezeigt haben, die Wahrnehmung der Entscheidungsträger als inkompetent fast zu einer Verdreifachung des Anteils hoch Verunsicherter (von 16,5 % auf 45,9 %). Der Effekt der Kompetenzwahrnehmung wird mit zunehmender Anzahl der Sorgen immer geringer, ist aber auch bei einer hohen Anzahl großer Sorgen noch nachweisbar und erhöht die Rate sehr verunsicherter Personen bei maximaler Anzahl der Sorgen immer noch von 80,5 Prozent auf 95,3 Prozent.

Demnach bestätigt sich auch der zweite Teil der eingangs aufgestellten These: Wie stark Betroffene auf gesellschaftliche Veränderungen verunsichert reagieren, hängt davon ab, wie vielen verschiedenen gesellschaftlichen Herausforderungen sich die Betroffenen gegenübergestellt sehen und ob sie die zuständigen Entscheidungsträger als kompetent genug erachten, die damit verbundenen Probleme auch zu bewältigen.

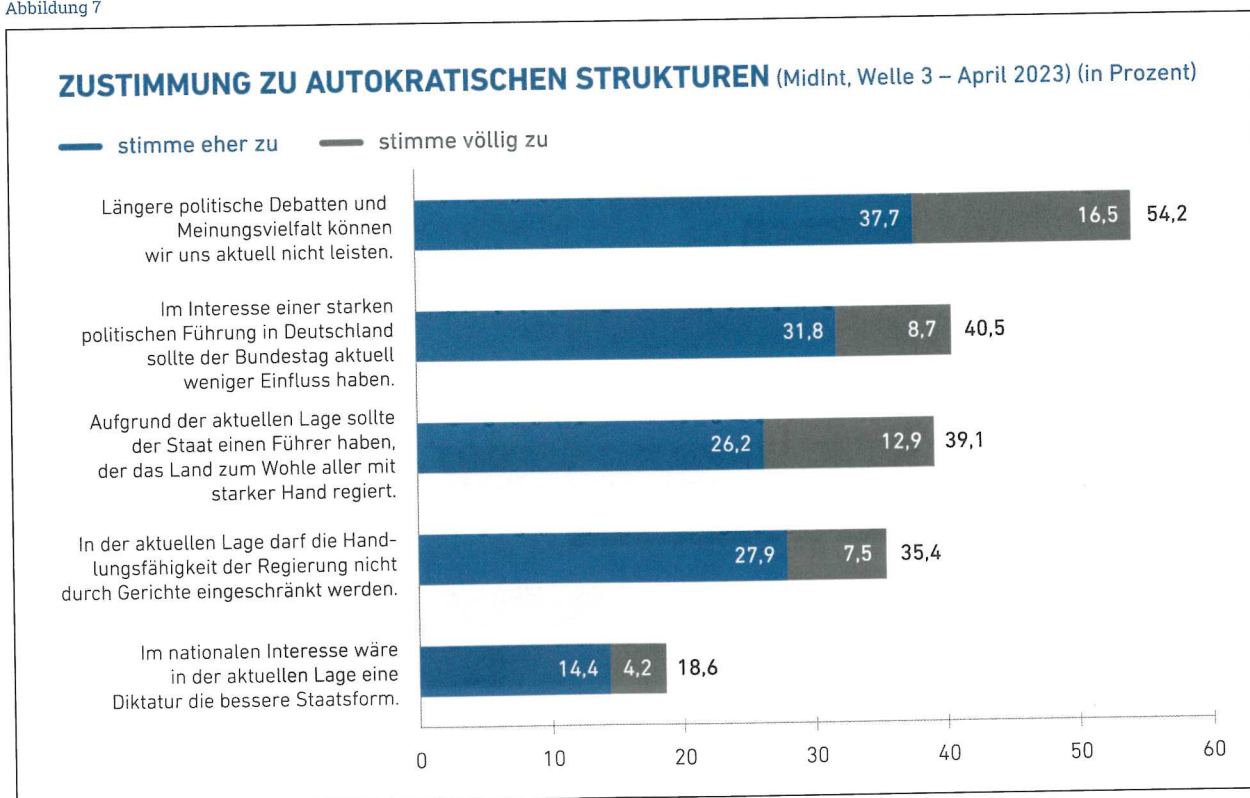
Befürwortung autokratischer Strukturen als spezielle Form der Ablehnung konstitutioneller Prinzipien eines demokratischen Rechtsstaates

Die unterschiedlichen Effekte, die sich für die einzelnen Dimensionen der Demokratiedistanz gezeigt haben – einerseits für die Freiheits- und Gleichheitsrechte und andererseits für die konstitutionelle Verfasstheit unseres Staates –, werfen eine Reihe von Anschlussfragen auf, die auf Basis der in den MiD-Studien erhobenen Daten alleine noch nicht umfassend beantwortet werden können.

So ist es nicht auf den ersten Blick ersichtlich, weshalb Freiheits- und Gleichheitsrechte in nur geringem Maße abgelehnt werden, die konstitutionelle Verfasstheit unseres Staates jedoch weitaus häufiger auf Ablehnung stößt. Eine mögliche Antwort darauf wäre, dass die Bürger:innen die Bedeutung der in dieser dritten Dimension enthaltenen Prinzipien nicht ganz durchschauen, während die einfacher gehaltenen Freiheits- und Gleichheitsrechte in ihrer Bedeutung recht offen auf der Hand liegen: Das in einer Demokratie Gewaltenteilung und eine funktionierende, mit eigenen Rechten ausgestattete Opposition wichtige Bollwerke gegen Machtmissbrauch und Willkür darstellen, gegen die auch eine Demokratie nicht automatisch gefeit ist, bedarf schon eines tiefergehenden Verständnisses verfassungsrechtlich relevanter staatlicher Institutionen, das so vermutlich nicht in jeder Schule mit Erfolg vermittelt wird. Eine andere Antwort könnte darauf hinauslaufen, dass die Bürger:innen zwar die mit der Demokratie verbundenen Rechte begrüßen, die damit ebenfalls einhergehenden schwierigen Prozesse der Aushandlung politischer Kompromisse jedoch als zu komplex und wenig transparent erachten und diese, auch im Bewusstsein ihrer Bedeutung für eine funktionierende Demokratie, daher ablehnen.

Es besteht jedoch auch die Möglichkeit, dass die in den Erhebungen von 2021 und 2022 zu Tage tretenden Unterschiede in der Bewertung der drei Dimensionen in Zeiten des allgemeinen Wohlstands gar nicht auftreten und die hohe Rate der Ablehnung konstitutioneller Prinzipien einer schon vor 2021 begonnenen und seither weiterwachsenden allgemeinen Verunsicherung der Bürger:innen geschuldet ist, die in den hier verwendeten Daten einfach nicht nachgezeichnet werden kann, da diese Daten nicht weit genug zurückreichen. So ist es durchaus denkbar, dass die Bevölkerung in „normalen“ Zeiten sehr wohl bereit ist, auch langwierige Aushandlungsprozesse in Kauf zu nehmen, um die

Abbildung 7



bestmöglichen Kompromisse zu erzielen, dies in Krisenzeiten aber zugunsten schnell herbeigeführter Entscheidungen, die auftretende Probleme (vermeintlich) sofort und umfassend lösen können, nicht mehr toleriert.

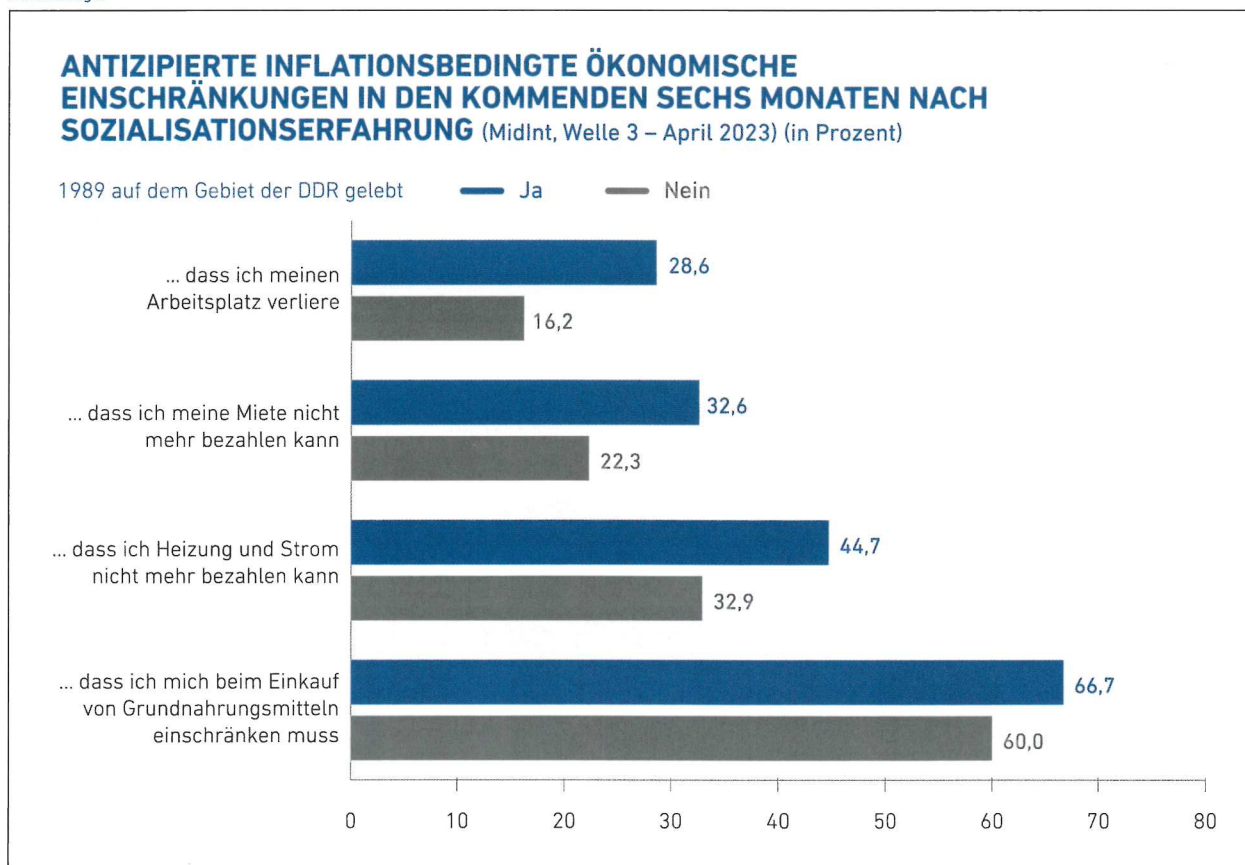
Um dieser Frage nachzugehen, wurde die Studie „Menschen in Deutschland: International (MiDInt)“ genutzt, um eine neue Skala zu entwickeln, die erfasst, in welchem Ausmaß die Befragten bereit sind, „in der aktuellen Lage“ demokratische Prinzipien zugunsten autokratischer Strukturen aufzugeben (vgl. Abbildung 7). Die größte Zustimmung erfuhr im April 2023 die Aussage, wonach wir uns „*längere politische Debatten und Meinungsvielfalt ... aktuell nicht leisten*“ können. Insgesamt stimmten dieser Aussage mehr als die Hälfte der Befragten (54,2 %) zu, 16,5 Prozent sogar „völlig“. Auf breite Zustimmung trafen auch Aussagen, wonach der Bundestag (aktuell) weniger Einfluss haben sollte (40,5 %) und die aus dem Bereich der Erhebungen zu Rechtsextremismus bekannte Aussage, wonach das Land (in der aktuellen Lage) einen Führer brauche, der mit starker Hand regiert. Dieser Aussage stimmten insgesamt 39,1 Prozent zu, ein Drittel davon „völlig“ (12,9 %). Da verwundert die ebenfalls hohe Zustimmung von 35,4 Prozent zu der die Ablehnung von Gewaltenteilung betreffenden Aussage, „*die Handlungsfähigkeit der Regierung*“ dürfe „*nicht durch Gerichte eingeschränkt*“ werden, schon nicht mehr. 18,6 Prozent der Befragten hielten zudem im April 2023 eine Diktatur für die bessere Staatsform.

Auch aus den Angaben zu diesen Aussagen wurde eine Skala gebildet.⁶ Fast ein Drittel der Befragten (31,5 %) weist demnach im März 2023 einen oberhalb der Mitte der Skala liegenden Wert und damit eine recht ausgeprägte Autokra-

tieakzeptanz auf. Anders als noch bei der Demokratiedistanz lassen sich hier keine Unterschiede zwischen Männern und Frauen oder den drei Altersgruppen nachweisen. Der oben bereits gezeigte Effekt der Bildung findet sich jedoch auch hier, nun allerdings nicht ganz so stark ausgeprägt wie im Fall der Demokratiedistanz: Von den Befragten mit Abitur oder einem vergleichbaren Schulabschluss stimmen 23,5 Prozent autokratischen Strukturen zu; bei Befragten mit mittlerer Reife steigt die Zustimmung auf 33,6 Prozent und erreicht ihren höchsten Wert bei Befragten mit niedriger Schulbildung (37,4 %). Mit 51,0 bzw. 41,3 Prozent finden sich die höchsten Werte auch in dieser Skala bei Wähler:innen der AfD und den Nichtwähler:innen. Wähler:innen der CDU (29,9 %), der Linken (26,4 %) und der SPD (26,0 %) liegen im Durchschnitt, während sich Wähler:innen der FDP und sonstiger Parteien (beide mit 20,9 %) und vom Bündnis 90/Die Grünen mit 14,8 Prozent im unteren Bereich autokratieakzeptierender Einstellungen bewegen.

Abweichend von den Befunden zur Demokratiedistanz zeigt sich im Fall der Autokratieakzeptanz auch ein deutlicher Unterschied zwischen den Befragten aus den östlichen (40,2 %) und den westlichen Bundesländern (29,3 %). Eine genauere Betrachtung offenbart, dass sich dieser Unterschied nicht daran festmacht, ob man in West- oder in Ostdeutschland lebt. Berücksichtigt man dagegen, ob die Befragten selbst bis 1989 auf dem Gebiet der ehemaligen DDR gelebt haben, zeigt sich, dass Befragte ohne DDR-Sozialisation – unabhängig davon, ob sie heute im Osten Deutschlands leben oder in den westlichen Bundesländern – mit 30,0 bzw. 28,1 Prozent autokratischen Strukturen deutlich seltener zustimmen als diejenigen Befragten, die eigene Erfahrungen mit den Verhältnissen in der ehemaligen DDR

Abbildung 8



© Brettfeld 2023

gesammelt haben. Von letzteren weisen 47,3 Prozent der heute in Ostdeutschland lebenden und 49,7 Prozent der aktuell in Westdeutschland lebenden Befragten eine starke Akzeptanz autokratischer Strukturen auf.

Dieser Befund verweist zum einen auf die Langlebigkeit persönlicher Erfahrungen sowie die Bedeutung der eigenen Biographie und politischen Sozialisation für aktuelle Haltungen in politischen Fragen. Zum anderen ist aber auch zu berücksichtigen, dass Befragte, die im Jahr 1989 auf dem Gebiet der ehemaligen DDR lebten, auch heute noch in stärkerem Maße von ökonomischen Einschränkungen betroffen sind. So sind die Raten derer, die es im April 2023 für wahrscheinlich hielten, aufgrund der Inflation ihren Arbeitsplatz zu verlieren, Heizung oder Miete nicht zahlen zu können oder sich bei den Grundnahrungsmitteln einschränken zu müssen, bei diesen Befragten teilweise deutlich höher als bei jenen ohne DDR-Sozialisation (vgl. Abbildung 8).

Solche wirtschaftlichen Einschränkungen gehen wiederum mit einer deutlich erhöhten Rate der Autokratieakzeptanz einher: So finden sich unter jenen Befragten, die für sich selbst keine der hier erfragten inflationsbedingten Einschränkungen antizipieren, 21,5 Prozent mit autokratieakzeptierenden Einstellungen. Von denen, die in zwei der genannten Bereiche in den kommenden sechs Monaten Einschränkungen erwarten, befürworten bereits 37,4 Prozent autokratische Strukturen. Und von den Befragten, die davon ausgehen, sich in allen vier Bereichen einschränken zu müssen, befürwortet mehr als die Hälfte (55,9 %) autokratische Führungsstile. Insofern vermischen sich auch Effekte sozialer Ungleichheit mit langfristigen Wirkungen politischer Sozialisation.

Dr. iur, MSc Klin Psych Katrin Brettfeld

KURZVITA

lehrt und forscht im Bereich Kriminologie und Strafrecht an der Universität Hamburg (UHH). Ihre Forschungsthemen sind u. a. Jugendkriminalität, Gewalt und Extremismus. Seit 2019 leitet sie innerhalb des Forschungsverbundes MOTRA, gemeinsam mit Prof. Dr. Peter Wetzels, Trendstudien zur Verbreitung politisch-extremistischer Einstellungen am Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft der UHH.

ANMERKUNGEN

1 MOTRA steht für Monitoring und Transferplattform Radikalisierung (vgl. <https://www.motra.info/>). Der Forschungsverbund vereint neun Institutionen (darunter auch die Universität Hamburg) verteilt über fünf verschiedene Orte in Deutschland, die sich in einem interdisziplinären Zugang und unter Einsatz verschiedener Methoden der Analyse von Radikalisierungsprozessen und der Verbreitung politischer Extremismen in Deutschland widmen.

Ausblick

Einige der im letzten Abschnitt aufgeworfenen Fragen können noch nicht hinreichend beantwortet werden. Die hier angesprochenen Probleme sind jedoch Bestandteil kommander Erhebungen und darauf aufbauender Analysen. Dazu gehört auch die Frage, welche Überschneidungsbereiche sich zwischen demokratiedistanten Einstellungen und der Befürwortung autokratischer Strukturen aufzeigen lassen. Sicher bilden beide nicht ein und dasselbe ab, genauso wenig wie Autokratieakzeptanz nicht gleichzusetzen ist mit der Forderung nach einer Diktatur. Dies zeigen bereits die unterschiedlichen Zustimmungsraten zu den entsprechenden Aussagen in den vorliegenden Erhebungen.

Gleichwohl lässt sich sicherlich festhalten, dass eine Befürwortung autokratischer Konzepte – häufig auch hinter dem Rücken derer, die sie teilen – mit dem Risiko der Schwächung demokratischer Strukturen und der Kultur der Kompromissfindung verbunden ist. Dies kann, sofern dem nicht entgegengewirkt wird, zu einem schleichenden Niedergang der Demokratie und ihrer Aushöhlung von innen führen. Letztlich lebt die Demokratie im Kern von der Überzeugung ihrer Bürger:innen, dass sie unter allen verfügbaren Staatsformen immer noch die beste und auch in der Lage ist, die drängenden Probleme unserer Zeit zu lösen. Denn Demokratie kann nicht verordnet werden. Sie muss von unten entstehen und gelebt sowie auch von oben geschützt, gefördert und gepflegt werden.

- 2 In jeder der drei Subdimensionen wurden die Angaben gleichermaßen so kodiert, dass hohe Werte eine Ablehnung der in der Aussage zum Ausdruck kommenden demokratischen Rechte bzw. Prinzipien bedeuteten. Anschließend wurde für jede der Subdimension der Mittelwert über alle vier Aussagen gebildet. Als eine Subdimension ablehnend wurden jene Befragten kodiert, die einen Mittelwert über dem Skalennittelwert ($> 2,5$) aufwiesen.
- 3 Die Befragten konnten zu allen fünf Aussagen angeben, wie sehr sie diesen Aussagen zustimmen (1 = „stimme gar nicht zu“, 4 = „stimme völlig zu“). Anschließend wurde der Mittelwert aller fünf Aussagen gebildet. Personen, die einen Mittelwert $> 2,5$ aufwiesen (dieser liegt über der Mitte dieser Skala), wurden als Personen mit hoher Verunsicherung eingestuft.
- 4 Zur Feststellung echter Ursache-Wirkungs-Beziehungen bedarf es entweder experimenteller Untersuchungsanordnungen oder längsschnittlich angelegter Studien, bei denen dieselben Teilnehmenden über einen längeren Zeitraum mehrfach hintereinander befragt werden. Die MiD-Studien arbeiten hingegen mit jährlich neu gezogenen repräsentativen Stichproben, um auch bei zwischenzeitlichen Veränderungen der Zusammensetzung der Bevölkerung – zum Beispiel im Fall einer neuen Flüchtlingswelle – repräsentative Befunde erheben zu können.
- 5 Auch zu diesen Aussagen sollten die Befragten das Ausmaß ihrer Zustimmung (1 = „stimme gar nicht zu“, 4 = „stimme völlig zu“) angeben. Erneut wurde der Mittelwert über alle drei Aussagen gebildet und die Rate jener bestimmt, die die Entscheidungsträger für kompetent ($\% \leq 2,5$) oder für inkompetent ($\% > 2,5$) halten.
- 6 Aus den Angaben der Befragten zu allen fünf Items (1 = „stimme gar nicht zu“, 4 = „stimme völlig zu“) wurde ein Mittelwert gebildet. Diejenigen, die einen Mittelwert $> 2,5$ aufwiesen wurden als Autokratie akzeptierend eingestuft.

LITERATUR

- Farren, Diego/Brettfeld, Katrin/Endtricht, Rebecca/Fischer, Jannik M. K./Wetzels, Peter (2022): Junge Menschen in Deutschland 2022. Durchführung, Rücklauf, Erhebungsinstrumente und Codebuch der repräsentativen Befragung JuMiD 2022. MOTRA Forschungsbericht No. 5. Hamburg. DOI: <http://doi.org/10.25592/uhhfdm.10834>.
- Fischer, Jannik M. K./Farren, Diego/Brettfeld, Katrin/Endtricht, Rebecca/Wetzels, Peter (2023): Menschen in Deutschland 2022. Zweite Welle der bundesweit repräsentativen Befragung. Durchführung, Rücklauf, Erhebungsinstrument und Codebuch. MOTRA Forschungsbericht No. 6. Hamburg. DOI: <https://doi.org/10.25592/uhhfdm.11415>
- Küpper, Beate/Zick, Andreas/Rump, Maike (2021): Rechts-extreme Einstellungen in der Mitte 2020/21. In: Andreas Zick/Beate Küpper (Hrsg.): Die geforderte Mitte. Rechts-extreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21. Bonn, S. 75–111.
- Richter, Thomas/Brettfeld, Katrin/Wetzels, Peter/Kleinschnittger, Janosch/Farren, Diego (2023): Menschen in Deutschland: International (MiDInt) Untersuchungsdesign, Stichprobe, Erhebungsinstrument und Codebuch zu Welle 3 (April/Mai 2023). MOTRA-Forschungsbericht No. 9 aus dem Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft. Hamburg. DOI: <https://doi.org/10.25592/uhhfdm.12625>.
- Wetzels, Peter/Brettfeld, Katrin/Endtricht, Rebecca/Farren, Diego/Fischer, Jannik M. K. (2022a): Verbreitung extremismusauffiner politischer Einstellungen sowie Konfrontationen mit Intoleranz und politischem Extremismus in Deutschland 2021. MOTRA Forschungsbericht No. 4. Hamburg. DOI: <https://doi.org/10.25592/uhhfdm.10507>.
- Wetzels, Peter/Brettfeld, Katrin/Endtricht, Rebecca/Fischer, Jannik M. K./Farren, Diego (2022b): Zur Verbreitung extremismusauffiner Einstellungen in Deutschland: Befunde der repräsentativen Befragung „Menschen in Deutschland 2021“. In: Uwe Kemmesies/Peter Wetzels/Beatrix Austin/Christian Büscher/Axel Dessecker/Edgar Grande/Diana Rieger (Hrsg.): MOTRA-Monitor 2021. Wiesbaden, S. 72–103. DOI: https://doi.org/10.53168/isbn.978-3-9818469-4-2_2022_MOTRA.

MACH'S KLAR!
Politik – einfach erklärt

KONZIPIERT FÜR EINE
UNTERRICHTSSTUNDE

**Krieg in der Ukraine –
Putins Angriff auf den Frieden**

lpb

Bestellungen, Downloadmaterial, Lern-Apps und Videos ausschließlich unter: www.lpb-bw.de/machs-klar.html

MACH'S KLAR!
Politik – einfach erklärt

KONZIPIERT FÜR EINE
UNTERRICHTSSTUNDE

**Feminismus: Gleiche Rechte
für alle! Oder kann das weg?**

lpb

Bestellungen, Downloadmaterial, Lern-Apps und Videos ausschließlich unter: www.lpb-bw.de/machs-klar.html

MACH'S KLAR!
Politik – einfach erklärt

KONZIPIERT FÜR EINE
UNTERRICHTSSTUNDE

**Politik –
was geht mich das an?**

lpb

Bestellungen, Downloadmaterial, Lern-Apps und Videos ausschließlich unter: www.lpb-bw.de/machs-klar.html

MACH'S KLAR!
Politik – einfach erklärt

KONZIPIERT FÜR EINE
UNTERRICHTSSTUNDE

**Werte (in) der Demokratie –
Ideale und Probleme**

lpb

Bestellungen, Downloadmaterial, Lern-Apps und Videos ausschließlich unter: www.lpb-bw.de/machs-klar.html

mach's klar! ist eine Publikation der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg.

Die vierseitige Unterrichtshilfe erklärt politisches Basiswissen und bearbeitet aktuelle politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Themen. „mach's klar!“ erklärt Politik in einfacher Sprache, vereinfacht politische Themen und verdeutlicht sie mit vielen Bildern. Online gibt es zu den Heften Zusatzmaterialien, Links, Erklär-Filme und Lern-Apps.

Bestellung oder Download als PDF, kostenlos (ab 500 g zzgl. Versand)
Bestellung ausschließlich im Webshop der Landeszentrale für politische Bildung:
www.lpb-bw.de/machs-klar.html

lpb
BW